

Antrag

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Krzysztof Walczak,
Olga Petersen, Thomas Reich, Marco Schulz (AfD)**

**Betr.: Fachtag „Zehn Jahre Verträge der Freien und Hansestadt Hamburg mit
den Islamischen Religionsgemeinschaften und der Alevitischen
Gemeinde“**

Nach nunmehr zehn Jahren sollen die sogenannten Islamverträge grundlegend überprüft werden.

Allerdings gab es schon vor der Auftaktveranstaltung deutliche Kritik. Fast zehn Jahre nach Abschluss der Verträge der Stadt mit den islamischen Religionsverbänden hat der Senat am Mittwoch, dem 24.08.2022 den Prozess zur Evaluation gestartet, um zu prüfen, was in der Zusammenarbeit gut und was weniger gut lief. Hierzu hatte der Chef der Senatskanzlei, Jan Pörksen (SPD), offenbar nur wohlwollende Vertreter der Vertragspartner und anderer Gruppen zum „Fachtag“ in Räume der Bürgerschaft geladen.

Auffallend war und ist allerdings, dass der Senat dieses heikle Thema möglichst geräuschlos behandeln will. Die Öffentlichkeit wurde über die beginnende Evaluation nicht informiert, obwohl das Für und Wider der Verträge seit Jahren kontrovers diskutiert wird. Eingeladen waren fünf aktive und einige ehemalige Staatsräte, nicht hingegen Vertreter der Zivilgesellschaft, oppositionelle Parteien und säkulare Vertreter. Auch war die Presse nicht geladen. Die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft hatte bereits mit Schreiben vom 25. Juli 2022 in dieser Problematik Kontakt mit der Senatskanzlei aufgenommen und gefragt, wann im Rahmen der Veranstaltung Institutionen zu Wort kommen würden, die dem jetzigen Staatsvertrag kritisch gegenüberstehen.

Zudem wurde die Veranstaltung auch genau auf den Zeitpunkt der Bürgerschaftssitzung vom 24.08.2022 gelegt. Mithin wäre es für die Abgeordneten der Bürgerschaft nicht möglich gewesen, an der Fachtagung teilzunehmen, ohne die gleichzeitige Bürgerschaftssitzung zu versäumen.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass der Senat der Bürgerschaft sowie der Öffentlichkeit um jeden Preis ein mit allen Vertragspartnern abgestimmtes positives Ergebnis über zehn Jahre Zusammenarbeit vorlegen will, um die Debatte über die Sinnhaftigkeit des Staatsvertrags zu beenden, bevor sie richtig begonnen hat.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. eine der Auftaktveranstaltung vergleichbare Veranstaltung anzuberaumen, die jedoch nicht parallel zu einer Bürgerschaftssitzung stattfindet.
2. Zu dieser Veranstaltung sollen dann auch Referenten geladen werden, die den „Islamverträgen“ kritisch gegenüberstehen, hier wären insbesondere Vertreter des „säkularen Islams“ wie beispielsweise Necla Kelek, Hamed Abdel-Samad und Ahmad Mansour zu nennen.

3. Ferner sollen auch weitere Vertreter der Zivilgesellschaft, der Presse, säkulare Vertreter und die Öffentlichkeit eingeladen werden.
4. Der Bürgerschaft ist bis 30.11.2022 zu berichten.